

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badischer Beobachter. 1863-1935 1902

18.7.1902 (No. 162)

Erscheint täglich mit Ausnahme
Sommer- und Feiertags und kostet
in Karlsruhe in's Haus gebracht
vierteljährlich 2 M. 60 Pf.
(monatlich 55 Pf., wenn in
der Expedition oder in den Agen-
turen abgeholt), durch die Post
bezogen vierteljährlich 3 M.
25 Pf., mit Bestellgeld 3 M. 65 Pf.
Bestellungen werden jederzeit
entgegengenommen.

Badischer Beobachter.

Samstags-Beilage:
Das illustrierte achtsseitige Unterhaltungsblatt
„Sterne und Blumen“.

Anzeigen: Die sechsspaltige Beil-
gabe oder deren Raum 20 Fig.,
Reklamen 50 Fig. Bei öfterer
Wiederholung entsprechender Rabatt.
Inserate nehmen außer der Expe-
dition alle Annoncen-Bureaus an.

Redaktion und Expedition:
Adlerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Nr. 162.

Freitag, den 18. Juli

1902

+ Ein Marmorstein feinerer Art.

In Sachen der demaligen Hebe gegen die Zulassung
von Marmorsteinen hat die „Straßb. Post“ d. d. Karls-
ruhe, 15. Juli, in Nr. 663 einen Artikel gebracht, dessen
eigentliche Tendenz vielleicht nicht jedem Leser sofort klar
ist. Derselbe tritt aber aus den Schlussätzen sehr
deutlich zu Tage. Der Artikel lautet in seinem vollen
Umfange:

„Die veränderte Haltung der Regierung in der Kloster-
frage hat doch viel mehr Aufregung in der Bevölkerung
herbeigeführt, als man nach dem Verlauf der Dinge in
letzter Zeit annehmen konnte. Es kann allerdings ohne
weiteres zugegeben werden, daß die Einführung von Marmor-
steinen in Baden weder wirtschaftlich noch geistlich
erwünscht, und es wird ebensowenig mit Erfolg betritten
werden können, daß die Tätigkeit der Marmorsteiner in
weit höherem Maße, als dies bis jetzt möglich war, die
katholische Bevölkerung in eine gewisse konfessionelle En-
gehrtheit und Abgeschlossenheit hineintreibt, die weder
von staatlichem Interesse noch von Interesse der Allge-
meinheit gebilligt werden kann. Es muß ferner auch un-
eingeschränkt zugegeben werden, daß der konfessionelle
Friede ganz besonders in gemischten Ehen durch die Tätig-
keit der Marmorsteiner noch weiter und bedenklicher ge-
stört werden wird. Wenn nun trotz dieser zugegebenen
Bedenten die Regierung ihre bisherige Haltung in der
Frage einer Revision unterzieht, so wird man ihr, wie dies
da und dort geschieht, nicht Schwäche und ungebänderte
Nachgiebigkeit vorwerfen dürfen, vor Fällung eines end-
gültigen Urtheils vielmehr doch noch prüfen müssen, ob
die Regierung nach Lage der Verhältnisse überhaupt anders
handeln kann. Bei einer solchen Prüfung wird sich zunächst
ganz von selbst die Forderung aufdrängen, daß der Natio-
nalliberalismus durch seine Unfähigkeit und seinen allzu
großen Mangel an Initiative an Einfluß und Zahl der
Anhänger nicht erheblich zurückgegangen ist, während das
Centrum und die in der Klosterfrage mit ihm gebundenen
Demokraten und Sozialdemokraten an Stelle der verdräng-
ten Nationalliberalen getreten sind. Das Centrum hat
sich ferner durch eine intensive Agitation das katholische Volk
aufgeregt und für die Klosterfrage zu stimmen veran-
lassen. Dieser auf Lebhaftigkeit stets zunehmenden Agita-
tion steht die Regierung ohne besondere Unterbrechung ge-
genüber. Nur die Nationalliberalen haben bis jetzt alle
andere Faktoren verlagert. Die benutzte Vertreibung der
Evangelischen, der evangelische Oberkirchenrat, bis jetzt
zu der Frage überhaupt noch keine Stellung genommen, und
man wird es dem Centrum nicht verübeln können, wenn
es eine solche Zurückhaltung zu seinen Gunsten ansteht.
Auch die notorische Thatsache, daß Geistliche und Laien im
evangelischen Lager in der Zulassung von Marmorsteinen
unmittelbaren Anstoß auf den evangelischen Glauben
und eine weitere Gefährdung des konfessionellen Friedens
erkennen, wird durch die offene Parteinahme des einzigen
konfessionellen Abgeordneten, des Herrn v. Stodörner, für
die Klosterfrage nicht abgeschwächt, wenn gleich auch eben-
falls mit seiner Ansicht fast ganz allein steht. Unter solchen
Verhältnissen wird man die Haltung der Regierung doch
wohl begreiflich finden.“

Wir verzichten darauf, in eine nähere Beleuchtung
und Kritik der vorstehenden Ausführungen einzutreten.
Etwas dessen wollen wir auf folgendes hinweisen:

1. Die Ordensfrage ist eine rein kirchliche und reli-

giöse Angelegenheit des katholischen Theiles im Groß-
herzogthum Baden.

Selbst die Katholiken sind nur so weit dabei interessiert,
als sie selber ein Interesse daran nehmen. Aber von
Ordenspriestern nichts wissen will, wird in gar keiner
Weise durch solche behelligt. Es ist für ihn genau so,
wie wenn keine existierten. Er kann sich nur dann ge-
stört fühlen, wenn er Anstoß an dem nimmt, was Andere
für sich wollen und thun.
Nichtkatholiken sind erst recht nicht behelligt, soweit
sie sich nicht durch unbesugte Einmischung in katholische
Angelegenheiten künstlich behelligt fühlen.

2. Das Gesetz von 1860 hat sich ausgeprochenener
Maßen an den Inhalt der nicht zur Ausführung ge-
kommenen Uebereinkunft zwischen Karlsruhe und Rom
anlehnen und dem entsprechend auch die Zulassung von
Marmorsteinen ermöglichen wollen. Zudem es die Ent-
scheidung darüber ausschließlich in die Hand der Regie-
rung gab, hat es von vornherein Aktionen und Agita-
tionen, wie wir sie jetzt wieder erleben, die Einwirkung
auf die Lösung der Frage verjagen wollen. Soll die
Entscheidung der Regierung frei und unabhängig von
der Volksvertretung sein, so muß sie es natürlich noch
ungleich mehr von Versammlungen und Resolutionen
sein, wie sie jetzt wieder in Szene gesetzt werden.

** Die letzte Kammertagung in falscher Beleuchtung gestellt durch die „Frank- furter Zeitung.“

In ihrer Betrachtung über die längst abgeschlossene
Kammertagung schreibt die „Frankf. Ztg.“ weiter:

„Die Thronrede, mit der heute der Großherzog den Land-
tag schloß, war in sehr freundlicher Form gehalten. Be-
sondere Erwähnung fanden alle größeren Vorlagen, die in
der abgelaufenen Session erledigt wurden. Alles was einen
Wißensstand in die gebundene Stimmung bringen konnte, blieb
und die Frage der Zulassung der Marmorsteiner
wurden nicht erwähnt, da es sich ja hier nicht um Regie-
rungsgegenstände handelt. Wohlthätig waren aber diese beiden
ständigen Gäste auf dem Repertoire des badischen Landtages
gerade in dieser Session von größter Bedeutung als alle in
der Thronrede erwähnten Arbeiten des Landtages. Bei ihnen
mußte das neue Ministerium die Feuerprobe bestehen, und
es kam nicht ganz mit heller Haut darüber hinweg. Die
beiden politischen Minister des früheren Ministeriums, Hoff
und Gienlohr, schieden vor 1 1/2 Jahren aus, die beiden un-
politischen, von Brauer und Endenberger, blieben, und Herr

von Brauer, der früher niemals politisch besonders hervor-
getreten war, wurde Staatsminister. Minister des Innern
wurde der als ständiger Beamter anerkannte Geheim Rath
Schenk, der als Politiker ein unbeschriebenes Blatt war,
und Minister der Justiz, des Kultus und des Unterrichts
wurde Herr von Dink, früher Oberstaatsanwalt. Als fünftes
Mitglied am Staatsbureau wurde ein Minister ohne Portefeuille
ernannt, der katholisch-liberale Staatsrath Reinhard, dessen
Ernennung dem Centrum gegenüber eine Lebenswürdigkeit
bedeutete. Das neue Ministerium sollte eine Art Kon-
servativministerium werden, eine Basis für eine liberal-
konservative Regierungsmajorität. Die Hoffnungen
der Regierung erfüllten sich aber nicht. Der Glaube, daß
es gelingen werde, eine konservative Regierungspartei aus
der Erde zu stampfen, nachdem die enge Verbindung der
Regierung mit den Nationalliberalen gelöst war, erwies sich
als trügerisch. Die konservative Partei brachte mit Mühe
einen Abgeordneten in den Landtag, der bei den nächsten
Wahlen aller Voraussicht nach nicht wiedergewählt wird. Da
so der Kern für den Anstoß entscheidender regierungsfreund-
licher Abgeordneter aus den Reihen der Nationalliberalen
und des Centrums fehlte, war die Bildung einer unbedingten
Regierungsmehrheit auf der von der Regierung gewünschten
Basis von vornherein ausgeschlossen, und schließlich führte
die Haltung der Regierung gar noch zu einem Zusammen-
schluß der beiden größten Parteien des Landes.“

Der Werdegang des neuen Ministeriums ist hier nicht
richtig erzählt. Hoff und Gienlohr sind bekanntlich nicht
gleichzeitig und auch nicht unter den gleichen Umständen aus
ihren Stellen geschieden. Den Anfang machte Gien-
lohr. Unter dem Staatsminister Hoff wurde Schenk
zur Nachfolge Gienlohrs berufen. Als später v. Brauer
Staatsminister wurde, fand er das Ministerium des
Innern in der Person des Herrn Schenk befehligt vor.
Man kann also in keiner Weise sagen, daß Schenk durch
ihn in's Ministerium kam. Es ist mindestens sehr zweifel-
haft, ob das Ministerium des Innern seinen gegenwärtigen
Chef bekommen hätte, wenn es nach den Vorschlägen
des Herrn von Brauer, also zugleich mit dem Justiz-
ministerium neu zu besetzen gewesen wäre. Herr Schenk
bildet in mehr als einer Beziehung eine Partei ganz für
sich allein, die als solche sehr wenig in's Gewicht fällt.
So hervorragend er als Arbeiter ist, so gering ist seine
Bedeutung in politischer Beziehung. Nach dieser Seite
hin kann er für den leitenden Minister höchstens eine
Quelle von Verlegenheiten oder Schwierigkeiten werden.
Wenn er gleichwohl Minister blieb, als von Brauer kam,
so ist schon aus dieser Thatsache zu entnehmen, daß das
neue Ministerium einen politischen Charakter nicht hatte
und nicht haben wollte. „Außerhalb und neben
den Parteien“ ist sein politisches Gepräge.

Die „Frankf. Ztg.“ irrt, wenn sie schreibt: „Die
konservative Partei brachte mit Mühe einen
Abgeordneten in den Landtag.“ Derselbe hat
gar keinen Namen und auch keine Aussicht dazu
gewonnen, daß er in's Ministerium kam. Er ist
eigentlich, von Gienlohr, nicht zu den Mitglie-
dern der konservativen Partei zu rechnen, sondern
einem einzigen Bezirk zugehörig, und in Folge davon auch
weder um Mandate gekämpft, noch in Folge davon auch
über diesen einen Bezirk hinaus seine Niederlage erleiden
konnte. Die „Frankf. Ztg.“ hat die Nachwahl verwechselt,
die in Folge der Beförderung des h. Zl. einzigen kon-
servativen Abgeordneten von v. Stodörner zum Land-
gerichtsdirektor nötig geworden ist. Dabei ist es aller-

dings nur „mit Mühe“ gelungen, dieses einzige Mandat
für die Partei fortzuerhalten.

Was die „Frankf. Ztg.“ von „Hoffnungen“ der
Regierung sagt, ist pure Phantasie. Es ist ganz un-
denkbar, daß sie sich mit dem Gedanken oder der Hoff-
nung trug, „eine konservative Regierungspartei aus der
Erde zu stampfen“. Auch wenn sie das Wahlgeschick
im Detail weniger genau kannte und nicht sicher wußte,
wie es mit den Aussichten der einzelnen Heerlager be-
stellt war, mußte ihr doch so viel bekannt sein, daß der
Schwerpunkt der Gesamt-Wahlentscheidung in der
Frage lag, wie stark die Nationalliberalen auf der einen
und wie stark das Centrum auf der anderen Seite aus
dem Wahlkampf hervorgehen werde. Ob und inwiefern
in „den Reihen der Nationalliberalen“ in dem hier ge-
meinten Sinne „entschieden regierungsfreundliche Abge-
ordnete“ sich finden, mag dahin gestellt bleiben. Daß
in „den Reihen des Centrums“ solche nicht zu treffen
sind, ist zweifellos sicher. Es wäre der neuen Regierung
gar nicht geschmeichelt, wenn man ihr nachsagen würde,
sie habe die Situation in dieser speziellen Beziehung
anders beurteilt.

Es liegt aber auch auf der Hand, daß das Mini-
sterium v. Brauer von vornherein an nichts Anderes ge-
dacht hat und auch an nichts Anderes denken konnte,
als an das, was dessen Chef als Programm proklamirte:
„Außerhalb und neben den Parteien!“
Daraufhin ist eine Probe gemacht worden und man
wird nicht sagen können, sie sei nicht gelungen. Die
Gewähr ihres Gelingens liegt freilich nicht bei den
Nationalliberalen, sondern vor Allem beim Centrum.
Dieses hat darum auch dem neuen Programm uneinge-
schränkten Beifall gezollt. Ob sie auch dann gelingen
könnte, wenn die Nationalliberalen in einer Stärke sich
befänden, die ihnen volle Freiheit der Bewegung in jeg-
licher Beziehung gestattete, ist eine andere Frage. Ein
starkes Centrum wird dagegen es immer erleidigen, die
Regierungsgeschäfte nach der Parole zu befolgen:
„außerhalb und neben den Parteien.“

Die „Frankf. Ztg.“ schreibt weiter:
„So lange die Regierung unter der geschickten Direktion
des diplomatischen Herrn v. Brauer mandirte,
ging alles gut: Er hatte die Nationalliberalen und das
Centrum am Schürchen, und beide Parteien suchten sich
in Lebenswürdigkeiten gegen den lebenswichtigen Staats-
minister zu überbieten. Die Nationalliberalen bewilligten
sogar Forderungen der Regierung für kirchliche Zwecke, für
die eine rechtliche Verpflichtung des Staates nicht vorzuzun-
gen würde. Die Epignonen der badischen Kulturkämpfer ließen
sich bereit finden, Mittel zum Zweck der kirchlichen Erziehung
der angehenden katholischen Geistlichen zur Verfügung zu
stellen, die von den „ordensfreundlichen“ Demokraten und
Sozialdemokraten konsequenter Weise verweigert wurden.“
Das Centrum welcher Uebereinkunft keine Geltendmachung
überließen, die Nationalliberalen im Bewilligen von Regie-
rungsgegenständen zu überbieten und immer wieder zu empfehlen.
Bei diesem edlen Wettstreit des von früher her „oppo-
sitionellen“ Centrums und der neu in die „Opposition“ ge-
tretenen Nationalliberalen beharrte die Regierung schon
eines besonders ungeheuerlichen Politikers, um sich am Schluß
des Landtages noch schnell einem einheitlich geschlossenen
oppositionellen Landtag gegenüber zu zeigen.“

Der Adel der Seele.

Erzählung von Luise v. u. h. n. (Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

16) Einen Augenblick leuchtete Christinen's Antlitz auf, wie
in hellem Glanz, strahlend, verklärte traf ihn ihr Auge.
Ihre Hand zitterte in der seinen, ihre Lippen bebten,
aber sie blieben stumm.

„Christine“, sagte er mit schmerzlichem Vorwurf, „hast
Du kein einzig Wort für mich? Weißt Du es nicht,
du hast mich so lieb, daß ich mich unansprechlich liebe, und
weicht in Deinem Herzen nichts für mich? O, sage mir
ein einzig Wort!“

„Ich kann Ihnen nicht antworten.“ Mühsam, lang-
sam, tonlos, wie bei einer Schwerkranken, entzogen die
Worte sich ihrer Brust.

„So bist Du nicht frei?“ rief er heraus, und mit
Angst blickte sein Auge sie an, als wollte er ihr Inneres
erschauen.

Christine schüttelte leise das Haupt und sagte mit
müder Stimme: „Ich bin frei, und doch kann es nicht
sein.“ Sie hatte die Hände aus den seinen gelöst und
schon lange, daß ich mich unansprechlich liebe, stand sie
dann gelähmt; das Auge zu Boden gesunken, stand sie
da, bleich und schmerzgequält, ein Bild der inneren Qual.

„Christine, was bindet Dich, was hält Dich hier zurück?
Dein Bruder geht nach Amerika, ihn laßt es in die freie un-
gebundene Welt, und Dein Vater? Er braucht Dich
nicht und wird Dich nicht vernichten. Mit uns leben
könnte er nicht, denn Du weißt, wie wenig Dein Vater
und ich zu einander passen, und in einem freien Zu-
sammenleben wären Streitigkeiten unausbleiblich. Aber
Noch würde ich ihn trotzdem nicht leiden lassen.“

Wilhelm Hartmann hatte, ohne es zu wissen, den
Grund von Christinen's Weigerung genannt; ihren Stolz
hatte er wachgerufen. Er soll sich meines alternden
Vaters nicht schämen, und ihm um meinetwillen nicht
das Schanddentel reichen dürfen. Das Haupt wieder
nützlich emporgeschoben, ob auch das Weib, das in ihrem
Herzen wohnte, ihr Auge trüben machte, und ihre
Seele unmachte, sagte sie mit fester Stimme: „Ich kann
Ihnen nicht antworten.“

„Ich kann nicht“, rief er, „verdiene ich keine andere
Antwort? Warum? Nenne mir das Warum, ich for-
dere es mit dem Rechte, das jeder Mensch hat, wenn er
in sein Glück kämpft.“

Nach einmal sprach die Liebe in Christinen's Herzen
und rief ihr zu: „Greife die geliebte Hand, es ist Dein
Glück, ist Deine Seligkeit“, dazwischen aber tönte die
kalte Stimme der Pflicht: „Weibe nicht, bleibe treu
Deinem der Mutter gegebenen Worte.“ Sekunden waren

es nur. Christine sah den Vater krank, alt, allein, sie
sah der Mutter bedrückendes Auge, ihr letztes Lächeln,
hörte wieder ihre eigenen Worte: „Ja, Mutter, ich halte
mein Versprechen.“ Die Pflicht aber gestieg, Chris-
tine aber schlüchzte, daß diese Steigern doch unterliegen
sine aber schlüchzte, daß diese Steigern doch unterliegen
sine aber schlüchzte, daß diese Steigern doch unterliegen

Christine sah die Wandlung, die ihre Worte hervor-
gebracht, sie sah sich geliebt mit edler, helber Liebe.
Dann aber hätte sie aufschreien mögen vor Jammer
und Weh und hätte doch kein Wort, keinen Laut.

„Christine“, sagte er ruhig — „ich weiß, Sie sind zu
wahr, um sich, um mich zu täuschen; ich aber bin zu
holz, um Liebe zu betteln, da, wo ich mein ganzes
Herz, mein Leben biete. Leben Sie glücklich und mögen
Sie nie dieser Stunde mit Reue gedenken!“

Stumm, festgebunden, als wären ihre Glieder erhorben,
hörte Christine seine Worte, keine sich entfernenden
Schritte; ihr Ohr verfolgte diese Schritte, wie ein Er-
trinkender den Zweig verfolgt, an dem er sich zu retten
meint. Die Thür fällt in's Schloß und mit einem
Aufschrei sinkt Christine in die Knie. Wilhelm, was
ich sprach, war eine Lüge“, rief sie aufschluchzend, ver-
zweiflungsvoll. Dann drang sie auf in wilder Hoff-
nung, den Kopf gegen die Thür gelehnt, brach sie, ob er
nicht wiederkehre. Er kam nicht. Langsam ging sie zu
dem Platz zurück, wo sie gesessen, ehe er kam; dort
larmerte sie sich nieder und weinte bitterlich.

Sie hatte mit eigener Hand das Licht ausgelöscht,
das ihren Lebensweg erhellen wollte. „Vorbei, vorbei“,
dieses Wort zog mit tausendfacher Qual durch ihre
Seele.

Und wenn ich umsonst mein Glück weggeworfen
habe, wenn ich meinem Vater nicht helfen kann, dann
wird mein Opfer zur Sünde, die ich an ihm begangen
habe.“

So sprach sie vor sich hin, und unaufhaltsam flossen
ihre Thränen.

Spät Abends kam Jölnner nach Hause; Christine sah
noch immer da und rang um Frieden und Ruhe. —
(Fortsetzung folgt.)

Der Einsturz des Glockenthurmes der Markuskirche in Venedig.

Der Einsturz des alleinstehenden Glockenthurmes
von San Marco (Campanile) hat, wie aus Venedig
bezeichnet wird, in der Stadt und in ganz Italien eine
ungeheure Aufregung hervorgerufen und wird wie ein
großes nationales Unglück angesehen.

Der Glockenthurm von San Marco ruht beim Zu-
sammensinken nicht nur die Loggia des San sovino, sondern
auch einen Bogen der neuen Procuratie und den
Bibliotheksaal des königlichen Palastes mit sich. Einige
Minuten vor dem Einsturz war, da man diesen voraus-
sah, der Platz geräumt worden. In Folge dessen wurde
Niemand getödtet, jedoch sind einige Personen verletzt.
Der Einsturz wurde für Montag Abend zu einer
außerordentlichen Sitzung einberufen. — Die Trümmer
des Thurmes haben eine Höhe von 30 Meter. Die
Basilika und das Dogenpalais sind unversehrt.

Man hielt die Katastrophe nicht für so brohend. In
dem Augenblick, als kurz vor dem Einsturz der Platz
geräumt wurde, war derselbe von Neugierigen dicht
besetzt, welche zum Theil Mühe hatten, sich zu retten.
Viele Bürger der Stadt und viele Fremde begaben sich
auf die Piazza der St. Markus, um die Trümmer anzu-
sehen, eine nationale Subskription zum Wiederaufbau
des Glockenthurmes zu eröffnen, wobei sie gleichzeitig
sich bereit erklärten, Summen hierfür zu zeichnen. —
Der Unterrichtsminister Nasi traf im Laufe des Dienstag
in Venedig ein.

Ueber die Einzelheiten des Einsturzes
wird ferner aus Venedig berichtet: Schon seit längerer
Zeit war an der Nordwand des Campanile ein seiner
Struktur bemerkbar worden. In den letzten Tagen er-
weiterte sich der Spalt sichtbar, ohne daß man jedoch
Anlaß zu ernstlichen Befürchtungen zu haben glaubte. Der
Thurm schien noch Jahrhunderten trohen zu wollen. Da
nahm man plötzlich wahr, daß der alte Thurm in einer
Ränge von 20 Metern handbreit auseinanderklaffte.
Jetzt wurde man sich der drohenden Gefahr bewußt.
Eine Kapelle spielte gerade auf dem Marktplatz ihre
Weisen. Mitten im Stille klopfte der Dirgent zum
allgemeinen Entsetzen ab; ein Präkursorbeamter hatte
eine Dedeche mit der Mitteltheilung überreicht, der
Campanile drohe einzusinken, die Piazza solle von den
Neugierigen verlassen werden, und um dies zu erreichen,
hätten die Musiker ihr Spiel abzubrechen. Aber diese
Mahnrede erreichte nur das Gegenteil. Die Venezianer
lächelten über die Angst ihres guten Magistrats und
ließen die ganze Nacht hindurch in nächster Nähe des
gefährdeten Thurmes. Es sei ja ganz unmöglich, daß
Venedig seinen Campanile verliere. Obwohl die

Angenueure des Konservatoriums von Venedig erklärt
hatten, eine unmittelbare Gefahr bestehe nicht, sollte
trotzdem eine amtliche Untersuchung des Baues stattfinden.
Ehe die abgeordnete Kommission eintraf, beauftragte der
städtische Ingenieur Turin den Thurm. Mit einem
Male sah er Mürtel herabfallen, und nun ordnete er
auf der Stelle die gänzliche Räumung des Marktplatzes
an. Bald erweiterte sich der schon erwähnte alte Spalt,
neue Risse entstanden, ein Ruck, der den Boden erzittern
machte, und, ohne ein großes Getöse zu verursachen, sank
der Campanile in sich zusammen. Der stolze, fast
100 Meter hohe Thurm, die seine Adelarbeit des
Architekten war in eine Schutzpyramide von etwa 30
Meter Höhe verwandelt. Querschnitt der Glocke, welcher
die Spitze des Thurmes krönte, herabgefallen; er blieb
unbeschädigt vor dem Hauptportal des Markusdomes
liegen. Eine Wand des Campanile ruht beim Nieder-
sitzen den Giebel des königlichen Palastes mit; man
befürchtet, daß dort die Gemälde der venezianischen
Maler Tintoretto, Vater und Sohn, zerstört worden
sind. Im Uebrigen läßt sich der im Palazzo Reale
angerichtete Schaden noch nicht übersehen. Die von
Sansovino herrührende Loggetta, dieses keine Märcen
aus Marmor und Bronze am Thurme, ist gänzlich
zertrümmert.

Ein wissenschaftliches Urtheil.

Der Leiter der Laibacher Erdbebenwarte, Professor
Belar, telegraphirt an das „Wiener Tagblatt“: „Der
Zusammensinken des Campanile in Venedig war seit
Jahrhunderten vorbereitet durch die Verschleifftheit
des Untergrundes, die Einwirkungen der Zeit und die häufigen
Erds- und Seebeben. Nicht ausgeschlossen ist, daß das
jüngste Erdbeben in Salomiti, welches eine volle Stunde
hindurch den Campanile erschütterte haben muß, das Zer-
störungswerk vollendete. Zu Obem bereits beobachtete
Professor Belar eine starke Neigung des Thurmes gegen
die Stadt, der er aber keine Bedeutung beimaß, weil bei
den oberitalienischen Thürmen eine Neigung bekanntlich
die Regel ist.“

Der Unterrichtsminister stattete am Mittwoch
Nachmittag dem Stadtrath und dem Provinzialrath zu
Venedig einen Besuch ab und sprach die Teilnahme
der Regierung an dem Unglück aus, das Venedig be-
troffen hat. Der Provinzialrath beschloß, zu dem
Wiederaufbau des Glockenthurmes 200,000 Lire
beizusteuern.

In Rom brachten die Abgeordneten von Venedig
einen Gesetzentwurf ein wegen Bewilligung einer
Nationallotterie für den Wiederaufbau des
Markusthurnes. Indessen gehen viele Bedenken ein,
im Ganzen soll schon eine Million beizusteuern sein.

